



# Dr. Stefan Kaufmann

05/2015  
10.03.2015

## Brief aus Berlin



**Liebe Leserinnen und Leser,**  
 ein schönes Bild im Tagungsraum des Reichstages: vor mir sitzen Mitglieder der Kurdischen Gemeinde Stuttgart, des Vereins SportKultur aus Rohracker und der frühkindlichen Brandschutzerziehung. Sie sind als meine Gäste in einer 50-köpfigen Reisegruppe nach Berlin gekommen – und schon nach einem Tag zusammengerückt. Ich will damit ein Zeichen setzen und Ernst machen mit der Forderung nach Partizipation (statt „nur“ Integration) von Stuttgarterinnen und Stuttgartern mit Migrationshintergrund – in der Partei und in der Gesellschaft. Ein Thema übrigens, das uns auch bei der Sitzung der Zukunftskommission „Meine CDU 2017“ am Montag in Berlin beschäftigt hat: Mehr Offenheit für junge Menschen, für Migranten, für Frauen. Apropos Frauen: Eine gewisse Offenheit hätte man sich in den vergangenen Jahren auch von den 108 voll mitstimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen der Privatwirtschaft gewünscht. Dann hätten wir uns die – aus meiner Sicht auf beiden Seiten viel zu lautstark geführte – Debatte um eine feste Frauenquote von mindestens 30% in Aufsichtsräten (und nur dort) vielleicht sparen können. Wir wissen auch aus den Parteien, dass sich gute und qualifizierte Frauen zwar auch ohne Quoten durchzusetzen vermögen; manche gut geeignete und qualifizierte Frau möchte jedoch auch gefragt und ein wenig zur Bewerbung herausgefordert werden. Dort hilft die Quote. Ein Umdenken ersetzt sie nicht.  
**In diesem Sinne grüßt Sie herzlich Ihr**

**Impressum:**  
 Dr. Stefan Kaufmann MdB  
 Deutscher Bundestag  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin  
 Tel.: 030/227-72494  
 Fax: 030/227-76228  
 www.stefan-kaufmann.de  
 E-Mail:  
 stefan.kaufmann@bundestag.de

### Mietrechtsnovelle beschlossen – Mietpreisbremse kommt



**Berlin** – Nach zweiter und dritter Lesung hat der Bundestag am Donnerstag, 5. März, das Mietrechtsnovellierungsgesetz beschlossen. Damit reagieren wir unter anderem auf den rasanten Anstieg der Mieten – vor allem in Ballungsgebieten. Gerade auch auf dem angespannten Stuttgarter Wohnungsmarkt sind die steigenden Mieten ein Thema, das die Menschen beschäftigt. Im Bundestagswahlkampf sind viele Menschen mit dem Wunsch auf mich zugekommen, dass die Politik auf dieses Problem eine Antwort finden müsse. Mit dem beschlossenen Gesetz greifen wir dieses Thema auf: Es beinhaltet zwei wesentliche Maßnahmen, die wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben: die Einführung der sogenannten Mietpreisbremse sowie

des Bestellerprinzips im Wohnungsvermittlungsrecht. Die Mietpreisbremse soll nur dort gelten, wo sie auch gebraucht wird: in von den Bundesländern ausgewiesenen „angespannten Wohnungsmärkten“. Die Grenzen der betroffenen Gebiete müssen von den Ländern strassengenau definiert werden. Dort darf die Miete bei Wiedervermietungen künftig maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. In Stuttgart wissen wir aus eigener Erfahrung nur zu gut: wo Mieten überdurchschnittlich steigen, fehlt Wohnraum. Hier kann der Neubau von Wohnraum in vielen Fällen zur Entspannung beitragen. Es war uns als Unionsfraktion deshalb ein zentrales Anliegen, dass die Mietpreisbremse nicht als Investitionsbremse wirkt. Aus diesem Grund haben wir in den Verhandlungen mit der SPD durchgesetzt, dass die Mietpreisbremse nicht für Neubauten und auch nicht für vollumfänglich modernisierten Wohnraum gilt. Investitionen in neuen Wohnraum bleiben damit für Bauherren attraktiv.

Die Mietpreisbremse ist zudem auf fünf Jahre befristet. Mit der Einführung des Bestellerprinzips im Maklerrecht gilt fortan an das allgemeine wirtschaftliche Prinzip: „Wer bestellt, der bezahlt.“ Damit stellen wir bei der Wohnungsvermittlung mehr Fairness her. Es bezahlt künftig derjenige den Makler, der ihn beauftragt hat oder in dessen Interesse der Makler überwiegend tätig geworden ist. Dies ist in der Praxis meist der Vermieter. Er kann die Maklergebühren auch nicht per Vereinbarung auf den Mieter abwälzen; derlei Vereinbarungen sind laut Gesetz unwirksam. Nach aktuellem Planungsstand werden die neuen Regelungen zum 1. Juni 2015 in Kraft treten.

*Fragen und Antworten zur Mietrechtsnovelle hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zusammengestellt: <http://bit.ly/1Bne8sc>*

**Wohnen muss bezahlbar bleiben**  
 Die Mietpreisbremse ist beschlossen

Die CDU gefordert Bundesregierung will, dass Wohnen bezahlbar bleibt. Deshalb wird die Mietpreisbremse eingeführt. Damit können die Länder gesetzlich den Anstieg der Mietmieten bei bereits gebauten Wohnungen verlangsamen. Die Mietpreisbremse gilt nicht für den Neubau oder die umfassende Sanierung von Wohnungen. Investitionen in neuen Wohnraum bleiben damit attraktiv. Denn der Bau von neuem Wohnraum ist das beste Mittel, um den Anstieg von Mieten zu verlangsamen.

- Die CDU geforderte Regierung will verhindern, dass sich Mieter eine Wohnung in stark nachgefragten Gegenden nicht mehr leisten können. Die Länder erhalten ebenfalls die Möglichkeit, Gebiete für eine Mietpreisbremse festzulegen. Bei einem Mietmietenanstieg darf dort die Miete für maximal fünf Jahre höchstens 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.
- Die beste Mittel gegen steigende Mieten ist der Wohnungsbau. Die CDU hat dafür gesorgt, dass neu gebaute Wohnungen von der Mietpreisbremse ausgenommen bleiben. Das gilt auch für umfassend modernisierten Wohnungen.
- Die Länder werden für die Schaffung von mehr Wohnraum in die Pflicht genommen. Sie müssen außerdem der Dauer der Mietpreisbremse dafür sorgen, dass mehr Wohnraum geschaffen wird.
- Wenn der Vermieter einen Makler beauftragt gilt künftig: „Wer bestellt, der zahlt.“ Die Rechnung trägt demnach nicht mehr der Mieter sondern der Vermieter.

Mit dem neuen Gesetz werden die Mieterrechte gestärkt und gleichzeitig bleibt der Neubau von Wohnungen für Bauherren attraktiv. Die CDU sorgt dafür, dass Wohnen auch in den Zentren für die Menschen bezahlbar bleibt.

**CDU**

Ein Flugblatt der CDU-Bundesgeschäftsstelle gibt es hier zum Abrufen: <http://bit.ly/1wZSP9t>

### Praktikum in Stuttgart und Berlin



Zusammen mit Sebastian Waibel im Paul-Löbe-Haus des Bundestages

**Berlin** – In der letzten Woche hat mich Sebastian Waibel aus

Stuttgart-Möhringen als Praktikant in Berlin begleitet. Nachdem er in der Woche zuvor im Stuttgarter Wahlkreisbüro hospitiert hat, unterstützte er mich nun im Abgeordnetenbüro in Berlin. Er begleitete mich in die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, in eine Plenardebatte und zu politischen Informati-

onsveranstaltungen. Im Rahmen des CDU/CSU-Praktikantenprogramms konnte Sebastian Waibel unter anderem an einer Diskussionsrunde mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Bundeskanzleramtschef Peter Altmaier und dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder teilnehmen. Ich bedanke mich herzlich für seine Unterstützung!

## Brief aus Berlin

### Gespräch mit der lettischen Botschafterin zur EU-Ratspräsidentschaft Lettlands



Mit (von links) Anette Hübinger, Ute Bertrams, Elisabeth Motschmann, Gero Storjohann, Botschafterin Elita Kuzma, Helmut Heiderich, dem Vorsitzenden der Parlamentariergruppe Alois Karl und Dr. André Berghegger im Paul-Löbe-Haus des Bundestages.

Berlin – Am Freitagmorgen, 6. März, hatten wir im Rahmen der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe die Botschafterin Lettlands, Frau Elita Kuzma, für ein Gespräch zu Gast. Thema unseres Austauschs waren in erster Linie die Vorhaben der lettischen EU-Ratspräsidentschaft in diesem ersten Halbjahr 2015. Das Land hat am 1. Januar zum ersten Mal die Ratspräsidentschaft übernom-

men. Auf der Agenda stehen unter anderem der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), TTIP, der Emissionshandel und die Ökoverordnung. Die drei Hauptanliegen der lettischen Ratspräsidentschaft sind „ein wettbewerbsfähiges, ein digitales und ein integriertes Europa.“



Mehr Informationen zur lettischen Ratspräsidentschaft gibt es hier: <https://eu2015.lv/de>

### Klausurtagung des CDU-Kreisvorstands

Stuttgart – Am Samstag, 28. Februar, habe ich die Klausurtagung der CDU Stuttgart geleitet, in der unser Ende des vergangenen Jahres gewählter Kreisvorstand seine Ziele für die neue Amtszeit festgelegt hat. Nachdem die Klausurtagung in der Vergangenheit an zwei halben Tagen außerhalb von Stuttgart in einem Hotel stattfand, wurde sie dieses Jahr an einem arbeitsintensiven ganzen Tag in der Kreisgeschäftsstelle veranstaltet. Der Kreisvorstand trägt somit aktiv zur Konsolidierung des Kreishaushaltes bei. Zunächst stand die Nominierung unserer Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl auf der Agenda. Am 18. April 2015 werden wir auf vier Versamm-



lungen im Hospitalhof je durch die im betreffenden Wahlkreis lebenden Mitglieder unsere Kandidatinnen und Kandidaten bestimmen. Die CDU-Mitglieder sind eingeladen und aufgerufen, an allen Versammlungen den Tag über teilzunehmen. Stimmberechtigt sind jeweils die im Wahlkreis lebenden Mitglieder. Im Mittelpunkt unserer produktiven Tagung stand ein Workshop, der sich mit den He-

erausforderungen für die CDU in Stuttgart beschäftigte. Die speziellen Themen der Großstadt waren ebenso Thema wie eine Stärken-Schwächen-Analyse. Am Ende des – noch nicht abgeschlossenen – Diskussionsprozesses werden ein neues Leitbild für die CDU Stuttgart, eine Vision für die Stadt und ein Aktionsplan zur weiteren Verbesserung der Parteiarbeit und der Strukturen stehen.

### Festakt zum 15-jährigen Bestehen der Deutsch-Türkischen Gemeinde



Stuttgart – Am Freitag, 27. Februar habe ich am Festakt anlässlich des 15-jährigen Bestehens der Deutsch-Türkischen Gemeinde (DTG) in Baden-Württemberg teilgenommen. Vor dem Festakt im Marmorsaal des

Neuen Schlosses nutzte ich die Gelegenheit zu einem kurzen Austausch mit dem Bundesvorsitzenden der DTG, Herrn Gökay Sofuoğlu, der zugleich auch Landesvorsitzender ist – und SPD-Stadtrat in Fellbach.

### Deutschland bei Patenten Spitze

Im Jahr 2014 wurden weltweit 274.174 Patente angemeldet. Das waren 3,1 Prozent mehr als im Jahr 2013. Rund 35 Prozent der Patentanmeldungen kamen aus einem der 38 Mitgliedstaaten der Europäischen Patentorganisation, der Dachorganisation des Europäischen Patentamts. Allein in Deutschland wurden 31.647 Patente und damit 11 Prozent der gesamten Anmeldungen verzeichnet. Mehr Patente wurden lediglich in den USA (71.745; 26 Prozent) und Japan (48.657; 18 Prozent) angemeldet. Trotz eines leichten Rückgangs gegenüber 2013 (31.887 Patente) liegt Deutschland damit weiter auf einem Spitzenrang und behauptet sich als eines der innovativsten Länder der Welt. Quelle: Europäisches Patentamt

 Besuchen Sie mich auf Facebook!

Auf Facebook finden Sie mich unter: [www.facebook.com/StefanKaufmannMdB](http://www.facebook.com/StefanKaufmannMdB). Ich freue mich über diese direkte Form des Dialoges und über viele neue Kontakte – auch auf den Social-Media-Plattformen.